

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Landbote. 1849-1934 1918

139 (23.11.1918)

Erscheint
Dienstag, Donnerstag
und Samstag.
Bezugspreis
mit dem wöchentl. erscheinenden
Amtl. Verkündigungsblatt
durch die Post bezogen
monatlich 62 Pfennig
am Posthalter abgeholt,
durch den Briefträger
und unsere Austräger
frei ins Haus gebracht
monatlich 70 Pfennig.
Geschäftszeit 1/28-7, Sams-
tags bis 6 Uhr. Sonntags
geschlossen.
Fernsprechanruf Nr. 11.

Der Landbote

Sinsheimer



Beitung

General-Anzeiger für das Elsenz- und Schwarzbachtal

Älteste und verbreitetste Zeitung dieser Gegend. Haupt-Anzeigen-Blatt.

Anzeigen
kosten im Anzeigentel die
Zeile (42 mm breit) 25 Pfg.
bei Platzvorschrift 30 Pfg.
im tertlichen Teil (87 mm
breit) 60 Pfg. an erster Stelle
70 Pfg. Bei Wiederholung
tariffreier Rabatt, der bei
Nichteinhaltung des Zieles,
bei gerichtlichen Betreibungen
und bei Konkursen außer
Kraft tritt.

Schluss-Anzeigennahme
8 Uhr vorm., für umfang-
reichere Anzeigen Tags zuvor
4 Uhr nachmittags.

Postcheck-Konto
Karlsruhe Nr. 6903

Nr. 139.

Samstag, den 23. November 1918.

79. Jahrgang

Die Entente und die Revolution.

Die Alliierten verhandeln nicht mit einer diktatorischen Regierung. Volksstaat oder proletarische Republik. Die Fronttruppen gegen den Berliner A. u. S. Rat. Süddeutschland gegen den Berliner Terrorismus. Großzügiger Amnestie-Erlaß. Stimmung der Entente. Vor dem Sturz der Bolschewiki.

Kein Friede mit einer Klassenherrschaft.

Dem Daily Express zufolge haben Lloyd George und Balfour in ihren leztägigen Besprechungen mit Unterhausmitgliedern keinen Zweifel darüber gelassen, daß die Alliierten auch keine ausgezwungene sozialistische Republik in Deutschland anerkennen und auch mit dieser, die wieder die Herrschaft einer einzigen Klasse sei, keinen Frieden schließen könnten. Die Alliierten verlangen auch für Deutschland die Gleichberechtigung aller Parteien und eine Verfassung, die für alle Zeiten den Terrorismus einer einzigen Klasse ausschließt. Durch Rußland gewarnt, würden die Alliierten vor der Sicherstellung der absoluten Freiheit in Deutschland nicht an einen Frieden, auch nicht an eine Demobilisation denken können.

Nach Londoner Telegrammen sprach Balfour am Samstag über die Frage der Staatsform in Deutschland. Seine Ausführungen gingen dahin, daß die Alliierten für Deutschland die Voraussetzungen des Friedens in einer demokratischen, nicht aber in einer sozialistischen Republik erblickten. Eine Vergewaltigung der nichtsozialistischen Parteien in Deutschland würde von den Alliierten nicht gebilligt werden. Auch ein Friede würde nur mit einer demokratischen Republik, die alle Berufsstände umfaßt, geschlossen werden. Die „Haagsche Post“, das bekannte Ententeblatt, schreibt: „Die Blockade wird das einzig wirkliche Mittel der Entente sein, um die Ordnung in Deutschland bei politischer Evolution zu erzwingen und eine Wiederholung des russischen Chaos zu verhindern. Ferner eröffnet die Befragung der Ostseehäfen und der neutralen Zone die Möglichkeit, die deutsche Revolution von Osten und Westen zu kontrollieren. Die harten Waffenstillstandsbedingungen geben der Entente die Macht, Herr der Revolution zu bleiben, die ungehindert vor sich gehen kann, so lange sie zur Demokratie führt, aber verhindert wird, sobald sie zur Anarchie führt.“

Die „Times“ melden aus Newyork: Lansing erklärte am Sonntag im Kongreß, die Alliierten seien bereit, mit Deutschland einen Präliminarfrieden abzuschließen. Ein endgültiger Friedensschluß sei aber erst nach Herstellung der vollkommenen Staatsbürgerlichen Freiheit durch eine allen Parteien gerecht werdende Reichsverfassung möglich. Weder eine kapitalistische, noch eine sozialistische Republik sei der Ausdruck des Volkswillens, sondern eine Republik, die alle Staatsbürger umfasse. Experimente dürften bei den Alliierten auf Widerstand stoßen.

Keine Milde rung der Waffenstillstandsbedingungen.

Berlin, 20. Nov. Alle juxta in der Presse auftauchenden Nachrichten über erreichte oder zugesagte Milderungen der Waffenstillstandsbedingungen entsprechen nicht den Tatsachen. Vielmehr ist festzustellen: Trotz aller Vorstellungen und aller bereits zutage getretenen Anzutraglichkeiten in der praktischen Durchführung der uns auferlegten schweren Bedingungen des Waffenstillstandes ist von unseren Gegnern nicht das geringste Entgegenkommen gezeigelt worden.

Die deutsche Waffenstillstandskommission.
Staatssekretär Erzberger.

Der Rückmarsch gefährdet!

Berlin, 20. Nov. Wie die deutsche Waffenstillstandskommission in Spaan meldet, vermehren sich infolge des aufgezogenen, überreifen Rückzuges die Marschschwierigkeiten des deutschen Heeres, trotz des bisher günstigen Wetters. Die Franzosen scheinen sich auf keine Verlängerung der Räumungsfrist einzulassen zu wollen, eine Katastrophe, d. h. die Auflösung des Heeres und zielloses Zurückströmen unter Plünderung des Landes, bewaffneter Widerstand gegen den nachrückenden Feind, kann jederzeit eintreten, namentlich wenn schlechtes Wetter eintritt.

Die Stimmung der Entente.

Berlin, 21. Nov. Der deutsche Unterhändler v. Bunselow, der jetzt nach Berlin zurückgekehrt ist, erklärt, er habe zwei außerordentlich starke Eindrücke gehabt: einmal die Ordnung in der französischen Etappe im Gegensatz zu der Unordnung in der deutschen Etappe und dann die fürchterliche Nachsucht bei allen französischen Stellen. Jeder Vorwand, den wir im Innern, sei es bei der Ausführung der Waffenstillstandsbedingungen, sei es auf anderem Gebiete, der Entente und namentlich Frankreich geben, um in Deutschland einzurücken, wird zweifellos benutzt werden. Die Entente kämpft noch immer gegen das bolschewistische Rußland und wird niemals zulassen, daß Deutschland sich dem bolschewistischen Rußland anschließt. Durch veröffentlichte Erklärungen des Staatssekretärs Erzberger über die Unmöglichkeit der Entente werden übrigens die amtlichen Erklärungen über gewisse Milderungen der Waffenstillstandsbedingungen nicht berührt.

Die deutschen Kolonien.

Aus dem Haag, 21. Nov. Aus London wird drahtlos gemeldet: Walter Long, der englische Kolonialminister, teilte dem Generalvertreter von New-Südwalles mit, daß er durch den englischen Premierminister ermächtigt sei, über die Zukunft der deutschen Kolonien das Folgende zu erklären: Die Ansprüche der englischen Dominions sollen unterstützt werden. Lloyd George hat dies bereits den Vertretern der Alliierten auseinander gelegt.

Die Vorbereitung auf die Nationalversammlung.

Am Samstag ist von der neuen Regierung halbamtlich die Mitteilung ausgegeben worden, daß die Wählerlisten für die Nationalversammlung am 2. Jan. 1919 aufgelegt, die Wahlen selbst am 2. Februar 1919 vorgenommen werden sollen. Der im Reichsamt des Innern ausgearbeitete Entwurf für die Wahlordnung ist festgestellt, unterliegen aber noch der Billigung der Gesamtregierung, die möglicherweise beträchtliche Änderungen an ihm vornehmen wird, die sich voraussichtlich vornehmlich um die Wahlkreiseinteilung drehen werden.

Man könnte meinen, daß hiermit die innerpolitische Frage, die das deutsche Volk nach der großen Umwälzung vor allem bewegt hat, zur Hauptsache befriedigend gelöst sei. Wie die Dinge in Wirklichkeit liegen, darf aber die Forderung nach baldigster Ausschreibung und ehrlich freier Durchführung der Wahlen zur verfassungsgebenden Versammlung auch jetzt noch keinen Augenblick nachlassen. Denn in der gegenwärtigen Regierung selbst und mehr noch in den links von ihr stehenden Gruppen, sind starke Strömungen vorhanden, die die Nationalversammlung entweder ganz verhindern oder doch ihre praktische Bedeutung wesentlich vermindern möchten. Nichts ist dafür bezeichnender als die Tatsache, daß der „Vorwärts“ als Organ des rechten Flügels, Tag für Tag in Leitartikeln für die Verfassungskonvention eintreten muß, daß in der heutigen Nummer gar Scheidemann selbst persönlich die Überzeugung zu begründen für nötig hält: „Kein politisches und kein wirtschaftliches Gedächtnis ohne Nationalversammlung: das muß die Parole für die Reichsleitung sein.“ Auf diesem Standpunkt, dessen Befolgung allein eine ruhige und geordnete Entwicklung unserer inneren Verhältnisse ermöglicht, steht erfreulicherweise die weit überwiegende Mehrheit der Soldatenräte. Unter den Zivilrevolutionären hingegen wühlt nicht nur die anarcho-sozialistische Spartakusgruppe dagegen, sondern auch die unabhängige Sozialdemokratie entwertet den versöhnlichen Grundgedanken durch das Bestreben, in der Zwischenzeit durch die revolutionäre Diktaturgewalt das sozialistische Staatsideal auf dem Wege einseitiger Verordnungen wirtschaftlich, politisch und kulturell möglichst weitgehend zu verwirklichen und so vorläufig vollendete Tatsachen zu schaffen, deren Wiederbeseitigung jedenfalls schwieriger wäre als die Verhinderung ihrer noch nicht erfolgten Durchführung. Wenn gleichwohl die Hoffnung besteht, daß der lokale Standpunkt der alten Sozialdemokratie sich durchziehen wird, so gründet sie sich auf die Haltung der Verbandsregierungen, die unumwunden erklären, nur mit einer auf dem wirklichen Volkswillen beruhenden deutschen Regierung Frieden schließen zu wollen. Jedenfalls darf das deutsche Bürger- und Bauerntum nach wie vor keinen Augenblick nachlassen, die Einhaltung des gegebenen Versprechens immer und immer wieder zu verlangen.

40 Millionen Wähler.

Berlin, 19. Nov. Alle Kräfte der Reichsregierung sind, wie die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt, einig in dem Bestreben die Vorbereitungen zur Wahl der Nationalversammlung zu fördern. Die Zahl der Wähler in Deutschland wird sich auf 40 Millionen belaufen.

Süddeutschland und der Berliner Terrorismus.

Die liberale „München-Augsburger Abendzeitung“ schreibt an leitender Stelle:

„Der Ausruf des Berliner A- und S-Rates gegen die bürgerliche Republik ist, wenn nicht sofort mit allen zur Verfügung stehenden Machtmitteln gegen den Plan der Republikaner Kommunisten vorgegangen werde, nicht nur der Anfang eines Bürgerkriegs in Deutschland dessen Folgen unabsehbar sein können, sondern auch das Signal für den Abbruch der Friedensverhandlungen und den Einmarsch der Entente in Deutschland. Es ist notwendig, dies den jetzigen Machthabern mit aller Deutlichkeit ins Gewissen zu reden. In Stadt und Land hat man sich, um Schlimmes zu verhüten, um die Kräfte zusammenzuhalten, wenn auch schweren Herzens bereit erklärt, auf dem Boden der vollzogenen Umwälzung am Neuaufbau mitzuarbeiten. Den Ultra-Radikalen ist diese Umwälzung nicht weit genug, sie wollen die Diktatur des Radikalismus. Da all es rechtzeitig vorzubeugen und nicht zu warten, bis die verderbend drohende Saat ausgestreut ist und Wurzeln gefaßt hat. Befügt man in Berlin nicht die Kraft und Macht, dem Terror der Diktatur die Giftzähne auszubrechen, dann muß Bayern in Berlin unzweideutig erklären, daß Bayern und Süddeutschland auf dem Wege des radikalen Terrorismus nicht mitmacht. Ganz Süddeutschland muß sich von dieser Berliner Vuherrschaft trennen und der Welt beweisen, daß es die Wilsonsche Forderung: „Der Gewalt keinen Frieden“ achtet. Nur dann, wenn diese Erklärung in bestimmter Form von Süddeutschland und Bayern in Berlin abgegeben wird, wird diese verblendete Demagogie vielleicht zur Vernunft kommen. Mäße die bayerische provisorische Regierung sofort mit allem Nachdruck die notwendigen Schritte tun.“

Der Berliner „Tägl. Rundschau“ werden diese Auslassungen mit folgender Einleitung von München aus telegraphiert: „Gegen den Berliner Terrorismus macht sich in ganz Süddeutschland schärfster Widerspruch geltend. Man befürchtet sich allen Ernstes mit der Frage, ob bei dem zunehmenden Berliner Terrorismus sich doch noch Süddeutschland vom Norden trennen muß.“

Die Nebenerklärungen bei Erklärung der bayerischen Republik, die von München aus nach Wiener Vorbild an Wilson gerichtete Sonderbittre um Milderung der Waffenstillstandsbedingungen und manche andere republikantisch-bayerische Kundgebung, die ganz den alten königlich-bayrischen partikularistischen

Geist atmete, läßt die schlimmsten Befürchtungen zu. Gewiß, auch uns macht der „Berliner Terror“ keinerlei Freude und wir sind auf das Schärfste dagegen. Aber man darf nicht gleich mit dem Gedanken der Trennung vom Norden spielen. Ist Deutschland nicht schwer genug geschlagen, muß der völlige Zerfall noch kommen? Kann die Republik Bayern, kann ganz Süddeutschland nicht mit anderen Mitteln und Drohungen den Terror in Berlin zu bekämpfen versuchen? Aber freilich — wir sind davon ja selbst nicht sicher!

Die heffische Regierung gegen Berlin.

WZB, Darmstadt, 21. Nov. Unter dem Eindruck der Entwicklung in Berlin hat die heffische Staatsregierung gestern folgenden Protest an die Reichsregierung gerichtet: Die heffische Regierung erhebt bei der Reichsregierung schärfsten Einspruch gegen die Ausschaltung der einzelnen Staaten und gegen die Nichtbeachtung dieser Staaten durch den Erlaß von Gesetzen und Verordnungen. Die heffische Regierung verlangt unter allen Umständen schleunigste Einberufung der Nationalversammlung. Durch das Fortbestehen des geschlossenen Zustandes wird der Reaktion an die Hand gearbeitet und amtlicherseits die Gefahr vermehrt, daß die Entente sich an den innerdeutschen Verhältnissen einmischt und schließlich die Reichseinheit gefährdet.

Das Frontheer fordert die Einberufung der Nationalversammlung.

Die Truppen gegen den Berliner A- und S-Rat.
Berlin, 21. Nov. Der bostischen Zeitung wird aus München berichtet: Das Frontheer erklärt sich — nach einem nach München gelangten Funkpruch — für die Nationalversammlung. Das Telegamm der Soldatenräte der Armeeabteilung A und der 19. Armee Kohringen, fordert die baldige Einberufung der Nationalversammlung; sie wollen die neue Regierung unverzüglich, werden aber alle Bestrebungen, die gegen die Einberufung der Nationalversammlung gerichtet sind, ganz energisch bekämpfen. Ein weiterer Funkpruch der 39. bayerischen Reservebrigade lautet: Aufgrund von Wahlen aus Vertretern aller Truppen zusammengefaßt, erheben wir im Namen unserer Kameraden gegen den Eingriff des Berliner A- und S-Rates in die von der Reichsregierung angestrebte Entwicklung unserer Zukunft Einspruch. Wir wollen die Nationalversammlung und wollen nach unserer Rückkehr mitsprechen, wo es sich um entscheidende Fragen des deutschen Volkes handelt. Wir haben das Vertrauen, daß die Regierung uns hierzu verhelfen wird, ohne daß wirtschaftliche Erschütterungen entstehen. Mit dem Beschluß des Berliner A- und S-Rates haben wir nichts gemeinsam, dieser besitzt nicht unser Vertrauen. Dieser Beschluß wurde in geheimer Abstimmung einstimmig angenommen.

Konferenz der deutschen Regierungen in Berlin.

Berlin, 21. Nov. Die Reichsregierung hat die Regierungen der einzelnen deutschen Freistaaten auf telegraphischem Wege zu einer Konferenz eingeladen, die am Montag 25. November im Kongreßsaal des Reichskanzlerpalais stattfinden soll. Gegenstand der Konferenz ist die Besprechung der politischen Lage, die Darlegung der von der Reichsregierung bisher getroffenen Maßnahmen und die Verständigung über das künftige Zusammenwirken zwischen der Reichsregierung und den Regierungen der Einzelstaaten.

Selbstbestimmung in Berlin?

Berlin, 21. Nov. Die Kompetenzverhältnisse zwischen dem Rat der Volksbeauftragten und dem Volksgugauschuß der Arbeiter- und Soldatenräte scheinen beigelegt zu sein. Eine Kommission des Arbeiter- und Soldatenrats ist eingesetzt worden, welche die Kompetenz zwischen dem Volksgugauschuß und der Regierung festlegen soll. Als eine sehr wesentliche Ausdehnung des Einflusses des Volksgugauschusses wird die Übernahme der Gegenzeichnung des Kriegsministers durch das Mitglied des Volksgugates Walz betrachtet. Die Frage der Einberufung der Nationalversammlung ist noch immer nicht endgültig geklärt, doch scheint es, daß man sich im Volksgugrat darauf vorbereitet, sich endgültig zu entscheiden. Auch hinsichtlich einer positiven Lösung dieser Frage begegnet man einem gewissen Optimismus, wenn auch nicht verschwiegen wird, daß der Gegenstand von links sehr stark ist. Von der sofortigen Inangriffnahme der Sozialisierung und einer von sozialistischem Geist getragenen Aufklärung vor den Wahlen der Nationalversammlung erhofft man, wie der „Lok.-Anz.“ meint, noch immer die Möglichkeit eines Kompromisses.

Die Ausarbeitung der neuen badischen Verfassung.

Karlsruhe, 20. Nov. Die vorläufige Volksregierung hat Oberlandesgerichtspräsident Dr. Zehner, Staatsrat Götlicher, Rechtsanwalt Dr. Friedrich Weill und Rechtsanwalt Dr. Diez (samt je einem Angehörigen der vier großen politischen Parteien) mit der Ausarbeitung des Entwurfs einer Verfassung betraut, die der am 5. Januar zu wählenden Nationalversammlung zur Beschlußfassung vorgelegt werden soll.

Die Entlassung der Truppen.

Berlin, 20. Nov. Alle in der Heimat an ihrem Wohnort oder ihrem Arbeitsort mit Urlaubsschein anwesenden Offiziere des Beurlaubtenstandes, Unteroffiziere und Mannschaften aller Jahrgänge mit Ausnahme der Jahrgänge 1896, 1897, 1898 und 1899 sind bis zum 30. d. Mts. aus dem Heeresdienst befreit zu werden. Sie eruchten sich bei der nächsten militärischen Dienststelle ihren Entlassungsschein. Die gesetzlichen Versorgungs-

und Entlassungsansprüche dieser behelfsmäßig in ihren Urlaubsort Entlassen werden später durch die Bezirkskommandos und Meldestellen geregelt. Urlauber, die sich vor dem 30. 11. bei ihrer Erlassung melden, werden dort mit ihrem Jahrgang ordnungsmäßig entlassen. Die Urlauber der Jahrgänge 96, 97, 98 und 99 begeben sich zur nächsten Erlassung, wenn sie ihren Truppenteil nicht erreichen können. Zu dem Erlaß über die Entlassung in die Heimat wird noch bekanntgegeben: „Zu den Leuten in leichten, unentbehrlichen Diensten, die auf die Entlassung warten müssen, bis sie ersetzt sind (Abs. 2 des Erlasses) gehört das gesamte Sanitätspersonal.“ Der Kriegsminister Scheuch, der Unterstaatssekretär Göhre.

Die Heimkehr unserer Truppen.
Karlsruhe, 19. Nov. Der Rückmarsch deutscher Truppen durch badisches, pfläzisches und württembergisches Gebiet hat auch am Sonntag und Montag einen glatten, durchaus geordneten Verlauf genommen. Gegenseitige Nachrichten, die hierüber u. a. vom „Vorwärts“ verbreitet werden, entsprechen nicht den Tatsachen. Hund eine Viertelmillion Truppen haben seit Beginn des Rückmarsches den südwestlichen Teil des Reiches passiert und befinden sich auf dem Marsch nach Osten. Tag und Nacht strömen auch endlose Kolonnen über die Rheinübergänge im Oberrhein. Es herrscht überall musterhafte Ordnung. Die Soldaten sind aufgeräumt und sehnen sich danach, bald in die Heimat zu kommen. Bei Tilsit herrscht ebenfalls großer Truppenverkehr. Die der Schweizer Grenze entlang ziehenden Truppen sind teilweise auf dem Fuhrmarsch durch den Schwarzwald begriffen.

Großzügiger Amnestieerlaß.
Berlin, 19. Nov. Die Regierung hat sich in einer der letzten Sitzungen mit einer Reihe praktischer Fragen beschäftigt, die das politische Ergebnis der Revolution weiter entwickeln und sicherstellen sollen. Auf wirtschaftlichem, wie auf allgemein politischem Gebiet bereitet sie praktische Maßnahmen vor. Zunächst wird in vollkommener Uebereinstimmung mit den Ressortvertretern ein neuer großzügiger Amnestieerlaß für Verbrechen und Vergehen von Zivilpersonen und Soldaten den Sieg der Freiheit dokumentieren. Es soll sich nicht um einen Straferlaß kleinerer Verbrechen handeln, sondern es soll auch im Sinne moderner sozialistischer Gerechtigkeit und Erziehungsauffassung denjenigen, die sich schwer gegen ihre Mitmenschen vergangen hatten, die Möglichkeit gegeben werden, von weicherer Strafe frei zu bleiben, wenn sie fortan das soziale Zusammenleben nicht durch neue Verbrechen gefährden. Damit wird selbst die Schwerverbrechenden, die in den Revolutionstagen freigelassen wurden, die Möglichkeit weiterer Freiheit gegeben. Sie sollen erst dann wieder zur Strafe herangezogen werden, wenn sie sich in einem bestimmten Zeitraum erneut gegen die nötigen Sicherungen sozialer Gemeinschaft vergehen.

Parteien und Räte.
Die Einigung der liberalen Parteien.
Die Verhandlungen zwischen Nationalliberalen und Fortschrittlichen in Berlin und wie wir hören, auch in Karlsruhe mit Aussicht auf guten Erfolg begonnen worden waren, werden leider durch das Gebahren der neuen demokratischen Partei, die noch gar keine Partei ist und einstweilen nur aus Führern, aber keinen Soldaten besteht, aufs empfindlichste gestört. Der fast fanatische Haß, der die Leute vom Berliner Tageblatt und der Frankfurter Zeitung, die Hauptdrahtzieher bei der demokratischen Volkspartei, gegen die Nationalliberalen befeuert, erstickt, wie es scheint, auch diesmal wieder jegliche Vernunftgründe, die die Einigung der beiden liberalen Parteien beschleunigen würden. Wer sich jetzt noch nicht darüber klar ist, darauf es für das deutsche und im besonderen das liberale Bürgertum ankommt und durch derartige Eigenbrödeln die vom Gebot der Stunde diktierten Verhandlungen zu stören sucht, fällt den ihm am nächsten stehenden den Rücken. Es wäre geradezu ein Verbrechen, wenn unter solchen Umständen die Einigkeit des deutschen Bürgertums gestört würde!

Das Zentrum „Freie deutsche Volkspartei.“
Köln, 19. Nov. Mahgebende Kreise rheinischer Zentrumsleute veröffentlichten in der „Köln. Volksztg.“ einen neuen großen Programmwurf, der Name der Partei wird abgeändert in Zentrum mit dem Zusatz „freie deutsche Volkspartei.“
Ein Buchdruckerart.
Berlin, 19. Nov. Das Tarifamt der deutschen Buchdrucker hat mit Zustimmung des Tarifausschusses beschlossen, zur Regelung der Arbeitsverhältnisse einen besonderen Buchdruckerart zu bilden, und zwar aus 5 Prinzipalisten, 5 Gehilfen, 1 Hilfsarbeiter und den Mitgliedern des Tarifamtes. Dem Buchdruckerart gehören an Berufsangehörige aus Bayern, Brandenburg, Rheinland, Westfalen, Schlesien, den thüringischen Staaten und Württemberg. Seine Beschlüsse haben für sämtliche Berufsangehörigen verbindliche Kraft.

Die Friedenskonferenz.
Haag, 19. Nov. Nach einer Meldung der „Daily News“ wird die Friedenskonferenz in drei Teile zerfallen. In London wird das Reichskriegskabinet zusammenzutreten, um über die Politik des britischen Reiches zu beraten. Die ersten Minister der Kronländer werden dabei vertreten sein. Um die Mitte des Monats Dezember wird in Paris die interalliierte Konferenz zusammenzutreten, um sich über die Grundlagen zu verständigen, während der große Friedenskongress, an dem die Abgeordneten der Entente und der Mittelmächte gemeinsam verhandeln werden, im Januar in Versailles sich zusammensetzen wird. Die Verhandlungen der Friedenskonferenz sollen, nach einer Meldung aus Amerika, öffentlich geführt werden.

Kein Frieden mit einer sozialistischen Zwangsrepublik.
Basel, 19. Nov. Dem „Daily Express“ zufolge haben Lloyd George und Balfour in ihren letzten Besprechungen mit Unterhausmitgliedern keinen Zweifel darüber gelassen, daß die alliierten Regierungen eine aufgezwungene sozialistische Republik in Deutschland nicht anerkennen und auch mit dieser, die wieder nur die Herrschaft einer einzigen Klasse sei, keinen Frieden schließen können. Die Alliierten verlangen auch für Deutschland die Gleichberechtigung aller Parteien und eine Einigung, die für alle Zeiten den Terrorismus einer einzigen Klasse ausschließt. Durch Rußland gewarnt, würden die Alliierten sich zu keinem Frieden bereit finden, bis nicht absolute Freiheit und die demokratische Republik in Deutschland gesichert seien.

Helgoland.
Berlin, 19. Nov. Die Gefahr einer Besetzung Helgolands durch die Entente besteht, wie wir hören, nicht. Nach den Bedingungen des Waffenstillstands sollten die für die Internierung bestimmten deutschen Kriegsschiffe bis 18. Nov. unterwegs und nicht etwa an Ort und Stelle eingetroffen sein. Da die betriebsfähigen Kriegsschiffe Dienstag morgen in See gegangen sind, so besteht für die Entente kein Recht, Helgoland zu besetzen.
Die Rechnung des „Matin“.
Genf, 19. Nov. Der „Matin“ brachte laut Fräz. Ztg. vorgestern eine Rechnung, wonach Deutschland den Franzosen insgesamt eine Entschädigung von nicht weniger als 340 Milliarden Schillinge. Die Agence Havas hat die Nachricht nach dem Ausland verbreitet. Die Zeitungen, die sie abdrucken, werden guttun, auch die Frage folgen zu lassen, die der „Populaire“ auf diese Forderung des Matin stellt: Soll man sich über dieses chauvinistische Räubertum entrüsten, das zu nichts anderem führen würde als zur Erneuerung des Krieges, oder soll man über eine so monumentale Dummheit die Achseln zucken.

Die Kosten des Weltkrieges.
Haag, 21. Nov. Aus Washington wird berichtet: Die Finanzkommission der Vereinigten Staaten schätzt die Kosten des Weltkrieges auf 200 Milliarden Dollars, das sind 800 Milliarden Mark, von denen dreiviertel durch Kriegsanleihen der verschiedenen Staaten gedeckt seien.
Die „Grenze“ von 1815.
Bern, 20. Nov. Die französischen Blätter beschäftigen sich anlässlich der Besetzung Elsaß-Lothringens mit der Festlegung der Grenzen dieser beiden Provinzen. Der „Temps“ veröffentlicht eine Karte, worin die Grenze von 1815 mit den Bezirken von Landau und dem Saarbrücker Bezirk als zu Frankreich gehörig bezeichnet wird. Das „Petit Journal“ verlangt die Herausgabe dieser Bezirke, namentlich von Saarlouis, Saarbrücken und Landau an Frankreich.

Die hingenommene Friedenskonferenz.
Genf, 21. Nov. Der „Lyoner Progress“ meldet: Am Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten wurde am Dienstag die Friedensfrage besprochen. Von Regierungsseite wurde erklärt, daß ein Zusammentritt der Friedenskonferenz so lange ausgeschlossen sei, als nicht in Deutschland eine aus dem Volkswillen hervorgegangene Reichsregierung bestimme, mit der bindende Verträge abgeschlossen werden können. Bei allem Wohlwollen für die eine freie Volksabstimmung, die Präsident Wilson für alle bezügelte deutsche Regierung fehlen ihr die Sanktionierung durch freien Völker voraussetzt, um den Abmachungen Rechtsgültigkeit zu verleihen.
Kein feindliches Friedensangebot.
Berlin, 20. Nov. In den Berliner Kabinett ist das Gerücht verbreitet, die deutsche Regierung habe im Herbst 1916 ein Friedensangebot Frankreichs abgelehnt. Dem gegenüber kann nur wiederholt werden, was schon früher mehrmals amtlich erklärt worden ist, daß keiner der Feinde Deutschlands im Weltkrieg jemals ein Friedensangebot gemacht hat.

Die hingenommene Friedenskonferenz.
Genf, 21. Nov. Der „Lyoner Progress“ meldet: Am Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten wurde am Dienstag die Friedensfrage besprochen. Von Regierungsseite wurde erklärt, daß ein Zusammentritt der Friedenskonferenz so lange ausgeschlossen sei, als nicht in Deutschland eine aus dem Volkswillen hervorgegangene Reichsregierung bestimme, mit der bindende Verträge abgeschlossen werden können. Bei allem Wohlwollen für die eine freie Volksabstimmung, die Präsident Wilson für alle bezügelte deutsche Regierung fehlen ihr die Sanktionierung durch freien Völker voraussetzt, um den Abmachungen Rechtsgültigkeit zu verleihen.
Kein feindliches Friedensangebot.
Berlin, 20. Nov. In den Berliner Kabinett ist das Gerücht verbreitet, die deutsche Regierung habe im Herbst 1916 ein Friedensangebot Frankreichs abgelehnt. Dem gegenüber kann nur wiederholt werden, was schon früher mehrmals amtlich erklärt worden ist, daß keiner der Feinde Deutschlands im Weltkrieg jemals ein Friedensangebot gemacht hat.

Die hingenommene Friedenskonferenz.
Genf, 21. Nov. Der „Lyoner Progress“ meldet: Am Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten wurde am Dienstag die Friedensfrage besprochen. Von Regierungsseite wurde erklärt, daß ein Zusammentritt der Friedenskonferenz so lange ausgeschlossen sei, als nicht in Deutschland eine aus dem Volkswillen hervorgegangene Reichsregierung bestimme, mit der bindende Verträge abgeschlossen werden können. Bei allem Wohlwollen für die eine freie Volksabstimmung, die Präsident Wilson für alle bezügelte deutsche Regierung fehlen ihr die Sanktionierung durch freien Völker voraussetzt, um den Abmachungen Rechtsgültigkeit zu verleihen.
Kein feindliches Friedensangebot.
Berlin, 20. Nov. In den Berliner Kabinett ist das Gerücht verbreitet, die deutsche Regierung habe im Herbst 1916 ein Friedensangebot Frankreichs abgelehnt. Dem gegenüber kann nur wiederholt werden, was schon früher mehrmals amtlich erklärt worden ist, daß keiner der Feinde Deutschlands im Weltkrieg jemals ein Friedensangebot gemacht hat.

Öffentlichkeit der Verhandlungen.
Die Times erfährt aus New York vom 18. November: Senator Berth teilte mit, daß die Vertreter Deutschlands und Oesterreichs zur Friedenskonferenz zugelassen werden und alle Verhandlungen zwischen ihnen und den Vertretern der alliierten Regierungen einschließlich der Vereinigten Staaten öffentlich geführt werden würden. Senator Berth teilte ferner mit, daß bei der Ratifizierung des Friedensvertrages durch den Senat der Vereinigten Staaten von der üblichen Geheimhaltung abgesehen und alle Verhandlungen öffentlich geführt werden sollen. Diese Mitteilungen erwecken das größte Interesse, und es ist bekannt, daß sie die Auffassung des Präsidenten wiedergeben.

Die Leitung des Friedenskongresses.
Amsterdam, 20. Nov. Das „Allgemeine Handelsblad“ meldet aus London: „Daily Mail“ berichtet aus Paris: Man erwarte, daß Clemenceau zum dauernden Vorsitzenden des Friedenskongresses gewählt werden wird und daß Wilson ersucht werden wird, bestimmte Sitzungen, vermutlich vor allem die Eröffnungssitzung, zu leiten.

Die Friedensvorbereitungen in vollem Gange.
WTB. Bern, 22. Nov. Laut Temps sind in der Zeit in Versailles Vorbereitungen für die Verhandlungen der Friedenspräliminarien in vollem Gange. In Trianon, wo voraussichtlich die Plenarsitzungen stattfinden sollen, wird schon gearbeitet. Der Spiegelssaal, in dem wahrscheinlich der Friede unterzeichnet wird, ist bereits hergestellt.

Die Abfertigung unserer Schiffe.
WTB. London, 22. Nov. (Reuter) Die deutschen Kriegsschiffe, die gestern übergeben wurden, bestehen aus 9 Schlachtschiffen, 5 Schlachtkreuzern, 7 leichten Kreuzern und 50 Zerstörern. An der vereinbarten Zahl fehlen somit 1 Schlachtschiff und 1 leichter Kreuzer. Es wurde unbefristet erklärt, daß diese Schiffe später übergeben werden würden. Ein leichter Kreuzer stieß auf der Fahrt über die Nordsee auf eine Mine und sank. Die britische Flotte geleitete die deutschen Schiffe bis zur Mündung des Firth of Forth, wo sie die Nacht über blieben, um dann nach Scapa weiter zu gehen.

Wilson schlägt die Reduzierung aller Heere vor.
Basel, 20. Nov. Wie der „Corriere della Sera“ meldet, ist dem amerikanischen Kongress eine Votivnote Wilsons zugegangen, welche die Reduzierung der Heeresstärke aller Nationen auf 25 Prozent des Friedensstandes vorschlägt.
Zu den angeblichen Völkerverletzungen.
Berlin, 20. Nov. Aus Anlaß der uns von den Gegnern zugeführten Verletzungen des Völkerrechts wenden sich Prof. Dr. von Delbrück, Dr. Maximilian Pfeiffer, Dr. Friedrich Naumann, Prinz Schoenaich-Carolath, Freiherr von Rüdiger, Dr. Wiemer, Freiherr von Rechenberg, Dr. Arendt, Legation und Sanktionen an die Regierung mit der Forderung, daß diese Anklage sofort durch eine unparteiische Kommission unter Zuzugung anerkannter neutraler Völkervereine untersucht werde. Die Untersuchung soll durch keine Rücksicht auf Person oder Staatsnotwendigkeit gehemmt werden, und sie soll auch vor der Schuld der Toten nicht Halt machen. Wir wollen nicht nur die Befragung der Schuldigen, wir wollen durch rücksichtsloses Bekanntnis der Wahrheit unser Gewissen reinigen.

Eine neutrale Stimme über Deutschlands Hungersnot.
Haag, 19. Nov. Het Vaterland schreibt über Scheidemanns Ausführungen über die Hungersnot in Deutschland: Keine Worte können das Schreckliche dieser Lage beschreiben. Es hält auch schwer, sie sich vorzustellen. Es ist viel leichter, sich die Lage einesற்பедierten Schiffes vorzustellen. Dieses Elend erregt die Phantasie. Aber die Zahl der Opfer der Hungerblockade Deutschlands und Oesterreichs ist viel größer, als die der Unterjochboote. Man vergesse nicht, daß die Blockade ebenso schwer gegen das Völkerrecht verstößt wie die Torpedierung der Handelsschiffe. Das Blatt wendet sich zum Schluß gegen die Härte der Waffenstillstandsbedingungen und die Fortdauer der Blockade.

Bessere amerikanische Truppenleistungen.
Köln, 19. Nov. Die Köln. Ztg. meldet aus Bern, daß die amerikanischen Truppenleistungen zwar verringert, aber keineswegs eingestellt werden würden. Man werde die am längsten in Frankreich weilenden Truppen durch frisch abloßen. Es sei möglich, daß selbst nach Friedensschluß noch amerikanische Garnisonen aus Gründen der internationalen Politik in den unstrittigen Gebietsteilen bleiben müßten. Die Flotte werde dem-

Bessere amerikanische Truppenleistungen.
Köln, 19. Nov. Die Köln. Ztg. meldet aus Bern, daß die amerikanischen Truppenleistungen zwar verringert, aber keineswegs eingestellt werden würden. Man werde die am längsten in Frankreich weilenden Truppen durch frisch abloßen. Es sei möglich, daß selbst nach Friedensschluß noch amerikanische Garnisonen aus Gründen der internationalen Politik in den unstrittigen Gebietsteilen bleiben müßten. Die Flotte werde dem-

Doch treu geblieben.
Zeitgenössischer Roman von Seyffert-Klinger.
Lona entfaltete, wie in heimlicher Befangenheit, ihren Fächer und schloß ihn wieder. „Es ist nicht alles Gold, was glänzt, Herr Doktor!“
Heinrich Sudhoff erschrak. Das Thema spielte auf ein Gebiet hinüber, wohin er nicht folgen möchte. Er verurteilte es stets sehr scharf, wenn Gäste ihre Wirte angriffen, an deren vollbesetzter Tafel sie es sich wohl sein ließen.
Er durfte nicht zugeben, daß diese Unterhaltung zu einer vertraulichen Aussprache wurde; denn sich ein Urteil über die Familienbeziehungen dieses Hauses anzumachen, stand ihm nicht zu. Er wollte aber auch keine Klage über einen von den Eckerts hören.
Ausweichend begann er aus seinem eigenen Leben zu erzählen: „So ganz einsam und verlassen, wie Sie vielleicht glauben, lebe ich nun doch nicht da, mein Fräulein. Ich habe noch einen jüngeren Bruder, und wenn wir uns auch früher oft in den Staaten lagen, so schreiben wir uns doch die herzlichsten Briefe, und das Bewußtsein, in ihm einen Blutsverwandten zu besitzen, macht mich glücklich. Die Eltern verloren wir früh, doch eine Freundin meiner verstorbenen Mutter nahm uns Waisen in ihrem Hause auf, sorgte, daß unser kleines Vermögen vornehmlich vermarktet wurde, und gab uns eine gediegene erstklassige Erziehung. Sie sorgte dafür, daß wir das Vaterhaus nicht direkt entbehren. Wir verlebten unter der Obhut meiner lieben Pate, der Tante Charlotte Heintze, eine glückliche Kindheit und sorglose Jugend. Seit mehreren Jahren habe ich die Tante nicht gesehen. Aber nun gehe ich auf längere Wochen — solange meine militärische Ausbildung dauert — zu ihr, und sie freut sich auf mein Kommen, als wäre sie meine liebhaftige Mutter.“
Langsam waren die beiden Arm in Arm durch die mit Blumen festlich geschmückten Räume geschritten, hier einen Gruß erwidern, dort einen Zuruf beantwortend.
Man sah nur fröhliche Gesichter. Reifeerlebnisse und Kriegsergebnisse bildeten das Hauptthema.
Offiziere in ihren neuen feldgrauen Uniformen erinnerten an den furchtbaren Ernst der Zeit. Aber sorglos plaudernd gaben sie sich dem Vergnügen des Augenblicks hin. Und sobald

vom Kampf draußen die Rede war, bligten die Augen zornig und drohend: „Unsere Feinde sollen noch bereuen, Deutschland angegriffen zu haben!“
Ein Lobndener hatte dem gnädigen Fräulein schon mehrmals ein Zeichen gegeben. Jetzt endlich bemerkte sie denselben: „Da sehen Sie nun,“ raunte Lona, „nicht eine Viertelstunde darf ich mich ungestört meines Lebens freuen. Entschuldigen Sie mich, Herr Doktor, ich hoffe, wir plaudern später noch zusammen!“
Heinrich atmete ein wenig auf. Wenn er es sich recht eingestehen wollte, war das Alleinsein ihm lieber. Er hatte auch den Hausherrn noch nicht begrüßt.
Zunächst aber suchte er einen Platz, wo er ungestört seinen Gedanken nachhängen konnte.
Es war da noch ein liebes Mädchenbild aus der Heimat vor ihm aufgetaucht, und er wunderte sich über sich selbst, daß er seit Jahr und Tag an die Gespinnel und Jugendfreundin, an Annela Losius nicht mehr gedacht hatte. Er erinnerte sich des seinen lieben Mädchens jetzt wieder sehr genau. In ihrer Art war sie auch eine Schönheit gewesen mit dem zarteredigen Teint, den braunen, klugen Rehaugen. Wie alt mochte sie sein? Heinrich war jetzt fünfunddreißig, und sie nur zwölf Jahre jünger. Ja, ja, dreiundzwanzig, die hatte sie erreicht.
Vielleicht sah er Annela wieder. Sie war wohl längst verheiratet. Geschrieben hatte die Tante ja nichts davon. Aber er hatte ja auch niemals nach Annela gefragt. Nun freute er sich auf eine Begegnung mit ihr.
Er suchte den Hausherrn und fand ihn bald. Herr Eckert war ein stattlicher Bierziger, den keine Sorge drückte. Er gehörte zu den wenigen, welche das Glück in ihrer Familie suchen und finden. Nach des Tages angestrengter Arbeit war er gern froh mit den Fröhlichen.
Sudhoff war ihm überaus sympathisch.
Sie sprachen vom Krieg, und Heinrich sagte, daß er nun auch fort müsse. Er nannte den Namen eines Kollegen, der gern bereit sei, die Privatstunden bei den Knaben zu übernehmen.
„Gott schütze Sie! sagte Herr Eckert, dem jungen Freunde die Hand schüttelnd, „wir müßten ja darauf gefaßt sein, daß Sie zu den Fahnen gerufen werden. Ungern sehen wir sie scheiden, aber davon sind wir überzeugt, daß Sie da draußen Ihren Mann stehen werden wie nur einer.“
„Noch kann ich es mir nicht vorstellen, daß ich einen Menschen töten sollte“, äußerte Heinrich ernst.

Ein älterer Reserveleutnant, welcher aus Urlaub hier weilte, war zu den Herren herangetreten und hatte die letzten Worte gehört. Er legte dem Gelehrten beide Hände auf die Schultern und sah in wohlwollend an.
Die so sprechen, das werden die tapfersten Krieger! Lassen Sie sich nur erst die Granaten um den Kopf sausen, mein verehrter Doktor die Wundgeschellen zu Ihnen heran-schießen, dann Sie dazwischen, daß es nur so kracht! Oder schleichen Sie als Patrouille durch ein scheinbar ausgeorbentes Dorf mit dem sicheren Gefühl, daß die vermaledeiten Franktireurs ihre Blicke für Sie bereit halten, dann jagen Sie mit einem Hochgefühl den Kerls Ihre Kugeln durch den Schädel, und wo Sie einen von den Neuchâtelern den letzten Purzelbaum sehen sehen, da schreien Sie hurra, Viktoria! Der Siegeschrei drängt sich über die Lippen, Sie wissen kaum etwas davon.“
Herr Eckert hatte aufmerksam zugehört. „Ihr Tapferen,“ sagte er bewegt, „die ihr zu jeder Stunde unerschröckten dem Tode ins Auge schaut, wie seid ihr bemundenswert!“
Der Offizier lachte. „Darum noch nicht, Verehrtester. Aber unsere Leute führen Bravourstücken aus, die einem Hochachtung abnötigen.“
Lona hatte dem Diener die gemüßigten Anweisungen gegeben, dann spähte sie wieder nach Doktor Sudhoff aus.
Als sie ihn endlich im Gespräch mit ihrem Oheim entdeckte, wollte sie erfreut auf ihn zusehen, aber da vertrat ihr ein junger, stutzerhaft gekleideter Herr den Weg.
„Kann ich dich auf ein paar Minuten allein sprechen, Lona,“ fragte er hastig, „oder möchtest du mir absichtlich aus? Vergeblich versuchte ich bis jetzt, deiner habhaft zu werden!“
„Gebührende dich noch ein Weilchen,“ raunte das Fräulein, „du weißt, ich habe Hausfrauenpflichten zu erfüllen! Später —!“
„Ich bin eifersüchtig auf Doktor Sudhoff, Lona, und wünsche nicht, daß du dich heute abend noch mit ihm beschäftigst!“
„Hast du deiner Tante geschrieben, Hans, wegen des zu erwartenden Erbes um eine bündige Erklärung gebeten?“
Forschend sah die junge Dame in das hübsche, doch nichtsagende Gesicht des vor ihr Stehenden, der Assessor beim Amtsgericht war.
Unter ihrem Blick wurde Hans Eschmer verlegen. „Du verlangst Unmögliches von mir, Lona,“ versetzte er beklommen, „etwas, das nicht sein kann. Einen solchen Brief schreiben hieße alles aufs Spiel setzen. Das kann auch dein Wille nicht sein.“

nächst die Minenperre in der Nordsee zu beseitigen haben, die hauptsächlich von amerikanischen Schiffen geleitet worden sei.

Wie Amerika zur See abrüstet.

Washington, 20. Nov. Das Marineamt schätzt das Marinebudget für 1920 auf 2 441 900 000 Dollar. Das Budget wurde anfänglich für den Fall der Fortdauer des Krieges aufgestellt und man erwartet bedeutende Abstriche. Ursprünglich war u. a. für einen Zeitraum von 3 Jahren ein Bauprogramm von 156 Schiffen, einschließlich von 10 Ueberdreadnoughts, vorgesehen. — Marineminister Daniels erklärte, die Ver. Staaten würden fortfahren, Schiffe zu bauen und würden ihr großes Schiffsbauprogramm fortsetzen, nicht weil sie die kleinen Völker beherrschen wollten, sondern um den großen und kleinen Völkern gleichermäßen die Freiheit der Meere zu sichern und zur Ueberwachung der Welt beizutragen.

Die Vorgänge in Belgien.

Berlin, 19. Nov. Zu den Unruhen in Belgien hören wir, daß es nicht nur zu Feindseligkeiten der belgischen Bevölkerung gegenüber den abziehenden deutschen Truppen gekommen ist, sondern daß auch Uneinigigkeiten zwischen Truppen untereinander sowie zwischen Führern und Truppen sich geltend gemacht haben. Von einer Ermordung deutscher Offiziere ist jedoch nichts bekannt.

Die „treuen“ Einwohner von Mülhausen.

Basel, 20. Nov. Den „Basler Nachrichten“ zufolge wird berichtet: Am Sonntag nachmittag 12 Uhr erfolgte, wie schon kurz gemeldet, der Einzug der französischen Truppen in Mülhausen in einer Stärke von drei Infanterieregimentern über Lutterbach—Dornach unter dem türmischen Jubel der Bevölkerung. Die ganze Stadt war auf den Beinen, und die Einwohner bildeten rechts und links der Straße ein mauerdickes Spalier. Auf dem Frankplatz wurde Halt gemacht. Dort begann unter der Zivilbevölkerung und den Soldaten ein Rufen und Umrufen, und alles schrymmt in einem Meer von Freude. Die Soldaten wurden in Wohnhäuser einquartiert, die bereitstehenden deutschen Kasernen wurden nicht benutzt.

Die Eigenpropaganda des Bolschewismus.

Basel, 19. Nov. Havas meldet aus Kopenhagen: Dänische Blätter veröffentlichen einen offensichtlich von dem bolschewistischen Propagandabureau inspirierten Artikel, der behauptet, die neutralen Länder hinsichtlich der inneren Lage in den Entente-Ländern irregulär zu sein. Die Blätter berichten u. a. die Ermordung Fochs, die Flucht Poincarés, den Rücktritt der französischen Regierung. Die phantastischen Meldungen haben hier und in den skandinavischen Ländern überhaupt eine große Erregung hervorgerufen, und man ist entsetzt über die Tatsache, daß ein Teil der Presse nun in weitem Maße der bolschewistischen Propaganda untersteht.

Die Lage im Osten.

Das Baltikum bittet um Belassung der deutschen Truppen. Bern, 20. Nov. Die baltische Landesregierung richtete an die deutsche Regierung folgendes Telegramm: Die plötzliche Zurückziehung der deutschen Truppen aus den baltischen Ländern, in Sonderheit aus Estland und Dese, bringt das schutzlose Land in die größte Gefahr und setzt es sicher Verheerungen von Osten her aus. Im Namen der Menschlichkeit bitten wir um die Belassung der deutschen Wehrmacht in allen Gebieten des Baltikums, bis anderweitige Hilfe in sicherer Aussicht steht.

Ein baltischer Staat.

Basel, 20. Nov. Den „Basler Nachrichten“ zufolge meldet Havas aus Paris: Die Räte von Livland, Kurland, Estland und der Insel Dese beschließen, eine einzige Regierung zu bilden und die Gründung eines baltischen Staates vorzuschlagen.

Diktator Pilsudski.

Basel, 20. Nov. Der Berner „Bund“ meldet: Wie das polnische Büro in Genf berichtet, ist Pilsudski mit der unbeschränkten Gewalt des Diktators in Polen ausgestattet worden. Er habe die Bildung des Kabinetts dem Sozialdemokraten Daszynski übertragen.

Das gesamte Gebiet der Ukraine als Kriegsschauplatz.

Kiew, 20. Nov. Ein Erlaß des Hetmans überträgt den Oberbefehl über alle Truppen in der Ukraine General Graf Keller und erklärte das gesamte Gebiet der Ukraine als Kriegsschauplatz. Alle Zivilbehörden sind dem Oberbefehlshaber unterstellt. Der Erlaß ist zurückzuführen auf den Vormarsch nationalukrainischer Truppenteile auf Kiew.

Die deutschen Generalkonsule in Rußland verhaftet.

Berlin, 20. Nov. Nach Meldungen, die teils direkt aus Petersburg und Moskau, teils auf Umwegen zu uns gelangen, sind die deutschen Generalkonsulate in Petersburg und Moskau abgesetzt und die dort tätig gewesenen Beamten, insbesondere die Generalkonsule und das andere Personal, interniert worden. Auf wessen Veranlassung und in welcher Weise diese Vorgänge sich abgespielt haben, ist noch nicht klargestellt.

WW. Helsingfors, 20. Nov. Der aus Petersburg zusammen mit den beiden Hauptleuten Weber und Dankwort gestrichelte Sachverständige Bartels vom deutschen Generalkonsulat berichtet folgendes: Meine persönliche Kenntnis der Vorgänge in Petersburg im deutschen Konsulat reicht bis zum 16. November. Am 10. November wurden die höheren Beamten des Generalkonsulates in das Hotel Astoria übergeführt und dort streng bewacht in das Spalernaja-Zellengefängnis gebracht, darauf in der Nacht. Die Sekretäre wurden mit Ausnahme von dreien 72 Stunden im Zuchthaus in Einzelhaft gehalten. Bei Auslieferung unserer Flücht waren alle Mitglieder in der Katharinenstraße unter extralichen Umständen in Schutzhaft. Aus den in Konsulate als Ordnungszug tätigen Kriegsgefangenen hatte sich ein Sowjetrat gebildet. Dieser arbeitet bei meiner Flucht im bolschewistischen Sinne und ist der Beeinflussung durch die bolschewistisch-russischen Kommissare stark zugänglich.

Vor dem Sturz der russischen Bolschewiki.

Berlin, 21. Nov. Nach zuverlässigen Nachrichten ist von der Sowjetregierung angeordnet worden, daß das Kriegsschiff „Nurora“ an der Newamündung stets unter Dampf gehalten wird, 14 Kommissare beabsichtigen im Falle der Gefahr mit dänischen Schiffen nach Kopenhagen auszureisen. Falls dort eine Landung unmöglich sein sollte, wird eine Wasserstraße nach Brasilien geplant. Eine Bekräftigung erfährt diese Meldung dadurch, daß viele der russischen Bolschewisten ihre Familie und ihr Vermögen schon bei den sozialrevolutionären Putzsch im Juni ins Ausland, besonders in die Schweiz, geflüchtet haben.

Nunmehr neigt sich die Bolschewisten-Herrschaft in Rußland endlich ihrem Ende zu. Schon seit geraumer Zeit sprachen alle Anzeichen dafür, daß die Herrschaft der Sowjets im Zerfall begriffen ist. Bald wird Rußland aufatmen, daß es von dem Schrecken der Maximalistenmilitarität befreit ist, die das Unglück des Landes zu der bisher größten aller Völkerkatastrophen getrieben hat. Aber nicht nur das Bürgertum allein in Rußland wird sich beglückwünschen, wenn sich der Sturz Lenins und Trozkys vollzogen haben wird, auch das Proletariat selbst wird in dem Ende der bolschewistischen „Rechtsbringer“ den Abbruch einer besseren Zeit begrüßen. Das ganze russische Volk hat begriffen, daß die bolschewistischen Führer nichts weiter sind als fanatische und kalte Dogmatiker, die durch gewissenlose soziale Experimente mit dem Völkörper diesen

zu einer beispiellosen allgemeinen Verelendung geführt haben. Insbesondere war es die Arbeiterklasse, die durch die Uebertragung der Lenin-Trozkischen Theorien in die Praxis die bittersten Leiden hat auskosten müssen. Nichts weiter als Hunger und Elend hat sie über die Massen gebracht. Durch brutale Ablehnung der Volksherrschaft inthronisierte sie die Anarchie, die sie als „Sozialisierung“ und „Diktatur des Proletariats“ ausgab. Und weichen jetzt die Bolschewisten endlich, so lassen sie nichts zurück als ein wüstes Trümmerfeld, auf dem Rußland den Neuaufbau beginnen muß.

Gerade in diesen schweren Tagen möge das bolschewistische Beispiel, das Rußland gegeben hat, allen Deutschen zu blutiger Warnung dienen!

England und die Türkei.

Haag, 19. Nov. Im britischen Unterhause erklärte Lord Robert Cecil über die Frage der künftigen Herrschaft in der Welt. u. a.: Was sich jetzt auch noch ereignen mag, zwei Dinge stehen fest, nämlich, daß England nicht gestattet werden kann, daß die bösen Kräfte, die bis jetzt in Konstantinopel geherrscht haben, künftig wieder ihren Einfluß dort geltend machen dürfen und ferner, daß dafür gesorgt werden muß, daß die Barbaren und der Bosphorus, die sich jetzt unter der Kontrolle der Alliierten befinden, es auch künftig bleiben.

Kämpfe deutscher Truppen gegen Polen.

WW. Berlin, 21. Nov. Ueber eine Waffentat der deutschen Garnison in Lodz berichtet der B. L.: 17 000 Mann deutscher Truppen aller Stämme haben sich auf Lodz mit den Waffen zu Fuß nach Deutschland durchgeschlagen. In Dels traf gestern der Vorführende des Solbatenrats in Berlin ein und gab an, Generalgouverneur von Besefer verließ mit den meisten Offizieren die Truppen bei Nacht und Nebel. Die deutsch-polnischen Offiziere gingen zu den Polen über. Wo sich die deutschen Truppen entzweiten ließen, wurden sie bis aufs Hemd ausgeplündert. Die Truppen aus Lodz und Batianische marschieren mit Gepäck und Waffen ab als fechtende Truppen mit Sicherungen. Bei Sieradz erkämpften sie sich den Warte-Uebergang im Handgranatenkampf gegen polnische Legionäre. Vergleichlich verurteilten Offiziere vom Landsturmbatallion an der deutsch-polnischen Grenze sie zur Auslieferung ihrer Waffen an die Polen zu bitten. Sie hörten sogleich auf sie wie auf die Soldatenräte an der Grenze, die im Bund mit den Polen stehen. Diese deutschen Soldaten sind der Ueberzeugung, daß durch Freigabe und Verat ungeheure Vorräte an Waffen und Lebensmitteln dem deutschen Volke verloren gehen.

WW. Berlin, 21. Nov. Wie der B. L. hört sind zum Schutz des Stab der Rekrutendepots der 2. Armee-Division sowie 2 Pionier-Kompagnien nunmehr nach Posen abgezogen.

Unsere U-Bootsverluste.

Kapitän z. S. a. D. Persius macht im „Berliner Tageblatt“ eine Reihe von Angaben über die Entwicklung unserer U-Bootflotte, die klar beweisen, wie die deutsche öffentliche Meinung von amtlichen Stellen aus irreführt worden ist, wenn immer wieder behauptet wurde die Indienststellungen überträfen um ein Vielfaches die Verluste.

„Der U-Boothandelskrieg und uneingeschränkte U-Bootskrieg“ wurden erklärt. Dem Volke wurde durch Allerhöchsten Erlaß und anderes mehr versprochen, daß England in kürzester Frist ausgehungert sich ergeben müsse. Aber die Waffe, die zu dieser Kriegsführung nötig gewesen wäre, war so gut wie nicht vorhanden. Sie wurde auch im Laufe des Krieges unter Tirpitz kaum geschaffen. Capelle legte ebenfalls nur in äußerst beschränktem Maße U-Boote auf Stapel. Sie würden, wenn nun weitergebaut worden wäre, sofern es die größeren Boote betrifft, erst 1919 und 1920 frontbereit geworden sein. Ein großes Boot, das heißt von 800 Tonnen, fertigzustellen, benötigte anfangs rund 24 Monate, später 30 und mehr Monate. Die kleineren Boote von 227 bis 267 Tonnen wurden zuweilen in 13 Monaten hergestellt. Es wurden von den amtlichen Stellen unentwegt von gewaltigen Mengen von U-Booten die wir besäßen, gesprochen und gesagt die außerordentlich geringen Verluste würden vielmals durch die neuen Indienststellungen gedeckt. Das entspricht nicht den Tatsachen. Was die Verluste und Indienststellungen angeht, so greife ich für meine Behauptung zum Beispiel das Jahr 1917 heraus:

Table with 3 columns: Month, Zugang (Access), Verlust (Loss). Rows for Jan to Dec, plus a summary row for the year.

Um ein Bild von unserem U-Boostenstand zu geben, dienen folgende Daten: April 1917: 126 Frontboote. Juni: 164; August 134; Oktober 146; Dezember 137 Frontboote; Januar 1918: 133; Februar 136; April 128; Juni 113 Frontboote. Es ist zu beachten, daß von den als „Frontboote“ bezeichneten an der Front d. h. in Tätigkeit, immer nur ein sehr geringer Prozentsatz gewesen ist. Im Januar 1917 z. B. als die Verhältnisse noch günstig lagen, waren an der Front 12 v. H. im Hafen 30 v. H. in der Erprobung, Ausbildung usw. 38 v. H. und in der Abnahme 20 v. H. — Im Laufe der Kriegsjahre wurden die U-Boote stark mitgenommen. Die Mannschaften, häufig viel zu kurz ausgebildet, waren nicht mehr von dem nötigen Vertrauen zu ihrer Aufgabe erfüllt. So ist es erklärlich, daß in letzter Zeit recht wenig Neigung zu dem gefährlichen Dienst bestand umso mehr als unsere weiterfahrenen Seeleute politisch klar sahen und erkannten, wie vergeblich aller Opfermut war. „Das gleiche“, so sagt Persius, gilt von der Hochseeflotte. Ihre Mannschaft wußte, daß es als Anfang November der Befehl zum Auslaufen kam bei der schwachen Zahl der Schiffe u. a. m. ein nutzloses Hinopfern unzähliger kostbarer Menschenleben bedeutete haben würde, wenn es zu einer Schlacht gekommen wäre. So erhoben sie Einspruch.

Man wird nach diesen Darstellungen, ihre Richtigkeit vorausgesetzt, noch mehr als bisher die Leistungen der U-Boote bemühen, aber auch fragen müssen: gibt es keine Sühne für die ungeheure Schuld, die hier durch Einzelle über ein ganzes Volk leichtfertig herausbeschworen wurde?

Schweres Explosionsunglück in Belgien.

1500 bis 2000 Tote? Amsterdam, 19. Nov. Der „Telegraaf“ meldet aus Hamont, daß dort Waggons eines Munitionszuges in Brand gerieten und daß bei der darauf folgenden Explosion 800 Menschen ums Leben kamen. Die meisten sind deutsche Soldaten, aber auch holländische Soldaten wurden getötet. Nach einer anderen Meldung spricht man von 1500 bis 2000 Toten. Das Unglück ereignete sich um 11 Uhr abends. Es heißt, daß Kinder in der Nähe der Munitionszüge mit Feuer spielten und dadurch die Explosion verursacht haben. Die durch die Explosion angerichtete Verwüstung muß unbeschreiblich sein.

Aus Eindhoven wird noch über die Explosion gemeldet: Die Explosion ereignete sich ungefähr um 10 Uhr auf dem Bahnhof, wo ein deutscher Munitionszug stand. Dabei flog ein Waggon mit Granaten in die Luft, deren Splitter auf die Umgebung niederfielen. Die Umgebung des Bahnhofes war ein einziges Trümmermeer. Auf dem Bahnhof standen auch drei Lazarettzüge mit deutschen Verwundeten, die auf den Transport nach Holland warteten. Diese Züge gerieten in Brand. Die Verwundeten flüchteten, soweit sie dazu imstande waren, aber 18 Schwerverwundete kamen in den Flammen um. Ein Lazarettzug konnte noch rechtzeitig in Sicherheit gebracht werden, nachdem die brennenden Waggons des Zuges mit großem Heldennut abgekoppelt waren. Er steht jetzt auf dem Bahnhof in Budel. In dessen wurde man des Brandes Herr. Der Anblick der Verwundeten, die über die Grenze kommen, ist unbeschreiblich. Während der Katastrophe wagte sich niemand in die Nähe der Station Hamont. Die Zahl der Toten war noch nicht genau festzustellen, muß aber sehr groß sein. In Hamont sind viele Häuser eingestürzt, wobei die Einwohner unter den Trümmern begraben wurden. Ueber die Ursache des Unglücks läßt sich noch nichts bestimmtes sagen.

Aus Nah und Fern.

** Sinsheim, 19. Nov. (Arbeitgeber-Verband.) Wie bereits durch Inserat bekanntgegeben, wurde in einer am letzten Sonntag in Heidelberg sehr zahlreich besuchten Arbeitgeber-Versammlung die Gründung eines Allgemeinen Arbeitgeberverbandes für die Kreise Heidelberg-Mosbach beschlossen. Derselbe hat vornehmlich den Zweck: die Herbeiführung eines friedlich-freundlichen Verhältnisses zu allen Arbeitnehmerorganisationen in diesen Bezirken, Wahrung gemeinsamer Interessen aller Arbeitgeber sowie Stellungnahme zu den so dringenden sozial-wirtschaftlichen Tagesfragen. Gleichzeitig wurde die Errichtung eines eigenen Büros beschlossen und ein Ausschuss von 15 Herren gewählt, welcher die sofortige Ausarbeitung von Satzungen übernehmen und solche einer auf Sonntag den 24. d. Mts. einberufenen zweiten Versammlung vorlegen soll.

§ Sinsheim, 20. Nov. (Kriegswitwenverband.) Mit der Abhebung der zum Kriegswitwen- oder Kriegswaisenfeld der Hinterbliebenen von Militärpersonen der Unterklassen zahlbaren Zuschläge sind noch viele Empfangsberechtigte im Rückstand. Die Zuschläge können gegen Vorzeigung der erforderlichen Bescheinigung des Gemeindevorstehers usw. über den Bezug von Familienunterstützung bei der zuständigen Postanstalt abgehoben werden.

§ Sinsheim, 20. Nov. (Heldentod.) Die zwei letzten Sinsheimer, die in diesem furchtbaren Kriege ihr Leben für das Vaterland geopfert hatten, waren der Schliche Karl Eiermann, am 22. Okt. an der Westfront gefallen und der Landsturmmann Adam Haffner, der im Lazarett seinen Wunden erlegen ist. Mit letzterem schließt also die Zahl der gefallenen und verwundeten oder erkrankten Gestorbenen aus Sinsheim mit 84 ab! Das Maß des in dieser Zahl liegenden Herzeleids und der zerstörten Hoffnungen in den betroffenen Familien läßt sich freilich nicht in Zahlen oder Worten ausdrücken. Ferner sind aus dem Amtsbezirk und näherer Umgebung auf dem Felde der Ehre noch gestorben; Uoffz. Gustav Brand von Reichartshausen; Wehrm. Wilh. Meyer, Gärtner von Rappena; Feldw. erarzt Aug. Wilker von Waibstadt; Heinrich Eißler von Neckarbischofsheim; Ltn. d. R. Ludwig Sigmann von Siegelbach; Uoffz. Adolf Heiß von Reichen; Gren. Alfred Neumeyer von Desträngen; Schliche Jos. Menges und Ltn. Phil. Gerner von Rauenberg; Uoffz. Wilh. Hoffmann von Wiesloch; Gren. Phil. Staub von Eppingen; Inf. Aug. Brunner, Gefr. Ottmar Gottmann und Ltnm. Karl Schmitt von Alalshausen.

§ Sinsheim, 21. Nov. (Beförderung von Zeitungsakten mit der Eisenbahn.) Die bei den badischen Staatsbahnen zur Zeit bestehenden Verkehrssperren beziehen sich nicht auf Zeitungsakete. Diese werden den Tarifbestimmungen gemäß angenommen und befördert.

* Sinsheim, 21. Nov. (Besichtigung.) Das Anwesen der Bruchhauer Bräueri in der Hauptstraße ist um den Preis von 35000 Mk. an Herrn Karl Widenhäuser, Nähmaschinen- und Fahrradhandlung, übergegangen.

× Sinsheim, 22. Nov. (Buß- und Betttag.) Die evangelische Landeskirche Badens feiert am nächsten Sonntag, dem letzten Sonntage des alten Kirchenjahres, den Buß- und Betttag. Alle laute Fröhlichkeit ist verpönt, man widmet sich an ihm der stillen Einkehr. Ehe wir in das neue Kirchenjahr eintreten gilt es noch einmal für den Einzelnen, sich Rechenschaft über das abzuliegen, was er im Verlaufe des Jahres getan und gelassen, ob er das Gute vollbracht und das Schlechte bekämpft hat. Wie Jesus Christus, der Erlöser, im Weltgegehen seinen Wegebegleiter hatte in dem Bußprediger Johannes, dem Täufer, so läßt man im Kirchenjahr der gnadenbringenden Advents- und Weihnachtszeit einen Tag vorangehen, an dem an die Angehörigen der Gemeinden der Ruf Johannes ergeht: „Tut Buße, das Himmelreich ist nahe herbeigekommen!“ In Preußen wird am letzten Sonntage im Kirchenjahre gleichfalls ein ernstes Fest, der Totensonntag, begangen. Buß- und Betttag fällt dort auf den Mittwoch vor dem letzten Sonntag im Kirchenjahre.

(-) Ketsch, 17. Nov. (Erzgauner.) Hier wurden zwei vom Feld heimkehrende Soldaten ausgegriffen, die neben anderen Ausrüstungsgegenständen auch zwei Dienstpferde mitgenommen hatten. Verschiedenen anderen Soldaten wurden Lebensmittelvorräte in größerem Umfang abgenommen.

(-) Aus Baden, 21. Nov. (Freizügigkeit des Stadtnotgeldes.) Nach einem Beschluß des gesamten Ministeriums sollen die von den badischen Städten und Kreisen ausgegebenen Notgeldscheine zur Verbesserung des Zahlungsmittelumsatzes in ganz Baden von den staatlichen Kassen an Zahlungsmittel angenommen werden.

bc Karlsruhe, 19. Nov. (Die Verordnung der Badischen vorläufigen Volksregierung.) Die Verordnungen der Badischen vorläufigen Volksregierung erlangen Gesetzeskraft durch Unterzeichnung des Präsidenten der Volksregierung und des zuständigen Ministers sowie durch Verkündung in dem Gesetzes- und Verordnungsblatt für Baden. Der Präsident und der zuständige Minister können andere Mitglieder der Volksregierung mit ihrer Vertretung beauftragen.

o Karlsruhe, 20. Nov. (Erwerbslosgeld für die Erwerbslosen.) Nach der soeben erfolgten badischen Vollzugsverordnung zur Erwerbslosgeldfürsorge ist jede Gemeinde, soweit erforderlich, verpflichtet, alsbald eine allgemeine Erwerbslosgeldfürsorge einzurichten. Fünf Sechstel des Gesamtaufwands bestreiten das Reich und der Bundesstaat; bedürftigen Gemeinden kann noch weiter entgegengekommen werden. Die Fürsorge erstreckt sich nicht nur auf Arbeiter im engeren Sinn, sondern auch auf Angestellte, Kleinunternehmer, Handwerker usw. Weibliche Personen werden nur unterstützt, wenn sie auf Erwerbslosigkeit angewiesen sind. Art und Höhe der Unterstützung bestimmt die Gemeinde. Die Wartezeit für die Fürsorge beträgt höchstens eine Woche; für Kriegsteilnehmer besteht keine Wartezeit. Wenn die Erwerbslosgeldfürsorge ihren Zweck erreichen soll, muß sie eng verbunden sein mit einer sich über das ganze Land erstreckenden Arbeitsvermittlung. Auch hierfür sind schon die nötigen Bestimmungen getroffen.

cb Karlsruhe, 19. Nov. (Richtigstellung.) Die Blättermeldung, wonach die Arbeiter- und Soldatenräte sämtliche im Besitze der Zivilisten befindliche Schlösser in Baden beschlagnahmt habe, trifft nicht zu.

bc Karlsruhe, 21. Nov. (Die Lösung von Disziplinarstrafen der Beamten.) Wie im Reich und in einzelnen Bundesstaaten sind, wie die „Karlsruher Zeitung“ meldet, auch in Baden mit allerhöchster Staatsministerialentscheidung vom 7. November Vorschriften über die Lösung von Disziplinarstrafen in den Personal- und Dienstakten der Beamten und Bediensteten der badischen Staatsverwaltung erlassen worden.

Karlsruhe, 20. Nov. (Keine Uebergänge in die Justiz!) In der neuesten Nummer des „Justizministerialblattes für Baden“ erläßt der neue Justizminister Marum eine Bekanntmachung an die Justizbehörden, in welcher u. a. gesagt wird: Durch die Aenderung der Staatsform in Baden wird an der Organisation der Behörden nichts geändert. Alle Beamten verbleiben in ihrem Dienst. Abbe bestehenden bürgerlichen und Strafgesetze bleiben in Kraft und sind weiter anzuwenden. Eingriffe Dritter in die Rechtspflege, wie sie mancherorts von Arbeiter- und Soldatenräten versucht wurden, sind unbefugt und zurückzuweisen.

bc Karlsruhe, 20. Nov. (Familientragödie.) Gestern früh hat ein Triseur aus bis jetzt unbekannter Ursache seiner 25 Jahre alten Stieftochter mit einem Beil einen Schlag auf den Kopf versetzt. Die Verletzte konnte trotz schwerer Verletzung durch das Rückenfenster zu Nachbarn flüchten. Der Täter schloß sich hierauf in seine Wohnung ein und vergiftete sich dann mit Ljöl.

Emmendingen, 20. Nov. (Amtsentsetzung.) Der Geschäftsführer des hiesigen Kommunalverbandes wurde wegen Unregelmäßigkeiten in seiner Geschäftsführung seines Amtes enthoben. Nach der Volksw. soll er u. a. in den Räumen des Kommunalverbandes ein Zechgelage mit 10 Soldaten veranstaltet haben.

bc Harlen bei Rehl, 20. Nov. (Viehdiebstahl.) Dem Landwirt Ubrt in Rittersburg wurde nachts das schönste Pferd im Werte von 6000 Mk. samt Geschirr aus dem Stalle gestohlen. Einer Familie in Goldscheuer wurden zwei Läuferdame in Stall getötet und mitgenommen, nachdem der Hund erstochen worden war.

bc Weibach, 20. Nov. (Tödtlich verletzt.) Bei einer Treibjagd wurde der 42 jährige Sägemeister Wilhelm Zurger angeschossen und so schwer verletzt, daß er starb.

Waldshut, 20. Nov. (Verkehrssperre.) Der Zugverkehr zwischen Waldshut und Roblenz ist unterbrochen. Die Schweizer haben laut Albote die Eisenbahnbrücke verbarrikadiert, die Schienen sind aufgerissen und die Brücke unterminiert.

Die Schweizer Regierung will durch diese Maßnahmen Uebertritte deutscher Truppen oder ein Massenandrängen entlassener Mannschaften in die Schweiz verhindern.

X Schopfheim, 19. Nov. (Leichtsin.) Die 22jährige Tochter eines während der Kriegszeit hier arbeitenden Mühlhansener Bürgers geriet beim Einsteigen in den schon in Fahrt befindlichen Zug unter die Räder. Das Mädchen, dem beide Beine abgefahren wurden, ist seiner schweren Verletzung erlegen.

Frankfurt a. M., 19. Nov. (Der nahende Friede und die Wucherer.) Wenn der Friede kommt, werden die Wucherer zittern; schon jetzt gibt es Anzeichen dafür. So hat am hiesigen Bahnhof ein Mann gutes Schmieröl, welches in letzter Zeit mit 40 Mark bezahlt wurde, für 8 Mark den Liter an. Der Mann gab sogar Probefläschchen ab und das Öl sich als sehr gut erwies, so ging die Ware reichend ab. Einen ähnlichen Preissturz bekamen die Hoffnungen auf baldigen Frieden auch bei zahlreichen anderen Artikeln, Krügen, für die in letzter Zeit phantastische Preise bezahlt wurden, sind heute erheblich billiger zu bekommen, weil die Nachfrage plötzlich aufgehört hat. Kinderschwämme, die überhaupt nicht mehr zu haben waren, wurden in allerdings kleinen Stücken von einer Händlerin für 30 Pfennig das Stück verkauft. Einen riesigen Preissturz erlebten in den letzten Tagen auch Pelze, Herrenkleider, Dauernwaren, Schokolade, Speck und Zucker. Die wahnwitzigen Schleichhandelpreise schrumpfen zusammen, die Schleich- und Kettenhändler bekommen es nachgerade mit der Angst zu tun.

Florenz, 20. Nov. Ein heftiges Erdbeben suchte in Italien das nordöstliche Toskana und die angrenzende Romagna heim. Das Dorf Santa Sofia ist fast zerstört, die Dorfkirche stürzte ein und die anwesenden Gläubigen. Die Zahl der Toten und Begrub die anwesenden Gläubigen. Die Zahl der Toten ist unbekannt.

W.B. Hallsag (Neuschottland), 21. Nov. (Schwere Sturm katastrophe.) Durch einen heftigen Sturmwind wurde der Schiffsahrt ausgebeuteter Schaden zugefügt. In Quebec und in den am Fluße liegenden Städten und Dörfern wurde durch eine Sturmflut ungeheurer Schaden angerichtet, die in der vorletzten Nacht über den St. Lorenzstrom eingedrungen ist. Strecken der Eisenbahn nach Quebec wurden unterpült und ganze Uferstrecken in den Fluß gerissen. Der Ort Batiscan, 117 Meilen nordöstlich von Montreal, wurde teilweise überschwemmt und steht in Brand.

Das Geheimnis der Garatolle. Wenn man auf alten Pergamenten die Schrift entfernt, findet sich darunter häufig,

bisher geheimnisvoll verborgen, eine zweite Inschrift. Diese Erfahrung der Altertumsforschung hat sich Clement Bantel, der Blaudecker des „Journal“, zunutze gemacht. Nun hat er seine archaischen Absichten auf einen höchst modernen Gegenstand des täglichen Bedarfs ausgedehnt. Die Anregung dazu bot ihm eine schlichte Rolle Garn. Er hatte das Garn für 95 Centimes gekauft. Aber mit der Etikette, die auf der Rolle klebte und den Preis aufwies, schien ihm irgend etwas nicht ganz richtig zu sein. Diese Etikette war dicker und weniger glatt, als es sich für eine Etikette eben schickt. Da muß ein Geheimnis dahinter stecken! Mit der größten Vorsicht löste er das Preiszettchen. Und siehe da, unter der ersten Etikette fand sich eine zweite, die den Preis 75 Centimes trug. Unter der zweiten eine dritte, monach das Garn einmal nur 50 Centimes gekostet hatte. Und so löste er Zettel um Zettel, bis auf der letzten Etikette der bescheidene Preis von 25 Centimes erschien. Heute aber ist dieses selbe Garn auf einen Frank gekiegen.

Bauernschlaueit. Daß die Grippe auch als eine zur Tugend gewandelte Not benötigt werden kann, zeigt ein Schild, mit dem viele Lüneburger Heidebauern sich die Hamster vom Halbe halten wollten. Es trägt die Inschrift: „Hier herrscht die Grippe!“

Ein Angekündnis. Die englische Admiralität teilt mit, daß das britische Schlachtschiff Audacious längs der irischen Küste am 27. Oktober auf eine Mine gelaufen und gesunken ist. An der Meldung fehlt das Interessanteste, nämlich das Jahr 1914. Am 27. Oktober 1914 ist nach deutscher Meldung das britische Schlachtschiff Audacious an der irischen Küste auf eine Mine gelaufen und gesunken. Offenbar gesteht die britische Admiralität nun zu, was sich in den ersten Kriegsjahren ereignet hat und was damals von den englischen Blättern energig bestritten wurde. Hoffentlich kommt nun auch einmal Klarheit in die vielumstrittene Tiger-Frage aus Anlaß der Sagerrah-Schlacht.

Ein neuer Romeo. Mit dem Geleitwort: „Wer viel gibt, gibt jedem etwas“ — läßt Romeo den 9. Band seiner dichterischen Schaffenskraft „Leuchtkugel“ (Verlag der Hofbuchhandlung Friedrich Gutsch, Karlsruhe, Preis Mk. 2.50) erscheinen; aber diesmal grüßen uns seine reichen Gedankengänge nicht nur im rheinschwäbischen Karlsruher Dialekt, sondern im Aufstiege auf den hochdeutsch gefalteten Pegasus. Im Gewande luftsprachlicher Darstellung begegnen wir des Dichters „Stimmungs-bilder, Lyrik und Jeremiaden“ in entzückender Schönheit. Das Büchlein ist aufrecht und erheiternd.

Dankagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Anteilnahme an dem schweren Verluste unseres lieben unvergesslichen Sohnes und Bruders sagen wir unsern innigsten Dank.
Familie Eiermann, Bäckermeister.
Sinsheim, den 21. November 1918.

Fahrnis-Versteigerung.
Am **Dienstag, den 26. November 1918, nachmittags 3 Uhr** werden in meiner Behausung nachstehendes lebendes und totes Inventar gegen Barzahlung öffentlich versteigert:
1 Fuchs Wallach 4jährig, Belg. Rasse
1 Braune Stute 15 „ „
1 Kastenwagen
1 Federrolle, 80—100 Ctr. Tragkraft
1 Nähmaschine (Cormick)
1 Heumwender
1 Pflug (Karren) und 1 eiserne Egge
1 4-PS. Benzinmotor mit 20 m led. Treibriemen
1 Vitoriamagen.
Neckarbischofsheim, 17. November 1918.
Mathilde Neuwirth Ww.

Vom Militär entlassen nehme ich von heute ab meine
Rechtspraxis
wieder auf. **Sprechstunden vormittags 9—11 Uhr.**
L. Schwenn, Justizaktuar a. D., Rechtskonsulent.
Gasthaus z. Reichstrone.

Größere Anzahl
Arbeiterinnen
für dauernde Beschäftigung sofort gesucht.
Jacob Beer Söhne Sinsheim.

Richard Kunze, Mannheim
Pelzwaren-Haus N 2, 6
Telefon 6534 u. 6535. Ecke Paradeplatz-Kunststraße.

Großes Lager in fertigen Mänteln, Stolas, Muffen und Hüten
in allen Preislagen.

Große Wersktätten für Neuanfertigungen und Umarbeitungen.

Jüngeres Mädchen
vom Lande auf sofort oder später gesucht zu 3 Personen, Mähen erwünscht.
Karlsruhe, Akademiestr. 49 III.

Besseres sol.
Mädchen
für seines Privathaus gesucht.
Mannheim, D. 7. 13. III. St.

Sauberes Alleinmädchen
gesucht
Heidelberg, Märzgasse 1, 1.

Kräftiges, sauberes
Mädchen
für Haus- und Zimmerarbeit zu sofortigem Eintritt gesucht.
A. Hlter, Heidelberg, Untere Neckarstr. 34.

Tüchtiges Mädchen
für Küche- und Haushalt gesucht bei **Weinberger, Mannheim,** Friedrichsring 38.

300—400 Mark
auf dem Wege von Sinsheim nach Bühren von einem Kriegsinvaliden verloren. Abzugeben gegen gute Belohnung bei der Geschäftsstelle des Landboten.

Tüchtiges ehrliches
Alleinmädchen
auf sofort oder 1. Dez. gesucht.
Karlsruhe, Kriegstr. 32, II.

Baldur-
Weihnachts-Kerze
gef. gesch. angenehm. als Stearin- u. Wachskerze. Sparsam, geruchlos, ungefährlich. Einmalige Anschaffung. 10 Stück, je 5 in Gold u. Silber, bronziert, im Karton, Mk. 6,40 franko gegen Nachnahme. Prospekte auch über and. Neuheiten, gratis. Wiederverkäufer Rabatt.
Paul Spielberg's Versandh. Mannheim 56.

Zu verkaufen ein neuer zweiräderiger
Handkarren
Karl Jeter, Sinsheim.

Kleine Familie, Ehepaar, sucht
Mädchen
das selbständig lochen kann, mit guten Zeugnissen. Keine Wäsche. Hoher Lohn.

Baugeschäft Götz
Gebelstraße 15, 1 Tr. hoch
Karlsruhe.

Tüchtige
Schneidermeister
auf Hofen, Saccos und Toppen für Reichsbekleidungsarbeit gesucht.
Rosenbaum & Rahn, Kleiderfabrik, Mannheim, C. 2, 20.

Vom Felde zurück, habe ich in alt bewährter, reeller Weise meinen Betrieb wieder aufgenommen.
Karl Wickenhäuser, Sinsheim
Nähmaschinen
Fahrräder
Reparatur-Werkstätte
Geschäftsgründung 1876.

Zahlstelle Sinsheim a. d. E.
der
Süddeutschen Disconto-Gesellschaft A. G.
Filiale Heidelberg.
Sinsheim a. d. E. Telefon Nr. 77
Hauptstraße 309
Hauptsitz in Mannheim.
Aktien-Kapital Mk. 50 000 000
Annahme von Spareinlagen auf kurze oder längere Zeit zu günstigen Bedingungen.
Scheckverkehr zur Einschränkung des Bargeldumlaufs.
An- und Verkauf von Wertpapieren.
Sorgfältige und verschwiegene Erledigung sämtlicher bankgeschäftlichen Angelegenheiten.

Sofort oder zum 1. Dezember
Mädchen, die auch Hausarbeit übernimmt, in gutes Haus gesucht. 2. Mädchen vorhanden.
Heidelberg, Kronprinzenstr. 20.

Ordentliches
Mädchen
per sofort oder später gesucht.
Ehrmann, Mannheim, Werderstraße 8.

Bäckerlehre Stelle.
Sohn achtbarer Eltern kann sofort oder später unter guten Bedingungen in die Lehre treten.
Otto Schmitt, Bäckerstr. Karlsruhe, Jähringerstraße 68.

Ordentliches
Mädchen
bei gutem Lohn für H. Haushalt sofort gesucht.
Frau Rogozinski, Mannheim G 7, 10.

Suche braves, fleißiges
Mädchen
für sämtliche Hausarbeiten auf sofort oder 1. Dezember.
Karlsruhe, Waldstr. 52, III

la Schlachtgewürze
Salpeter
empfehl
Karl Ernst Sinsheim.

Mostextrakt mit Süßstoff!
Erste deutsche Marke zur Herstellung eines vorzüglichen Hausbrunnes wie Apfelwein
Nr. 7 für 150 Liter Mk. 20.—
" 8 " 100 " 14.—
" 9 " 50 " 7.—
ohne Zuckerstoff:
Nr. 4 für 150 Liter Mk. 14.—
" 5 " 100 " 10.—
" 6 " 50 " 5.—
ab hier, Verpackung extra u. Nachnahme, lieferbar solange Vorrat, Verf. nur an Selbstverbraucher.
C. Fr. Köbele, Langenargen a. B. 214
Post- u. Bahnstation genau angebe.

11 Stück prima schwere hochträchtige
Mutterschafe
sofort zu verkaufen
Karl Weber, Ehrstädt.

Mädchen
auf sofort gesucht.
Karlsruhe, Adlerstr. 3, II.

Frau oder Mädchen
sofort gesucht, welche der Haushalt vorstehen kann.
Georg Barther, Weiler.

Junges Mädchen
sofort gesucht.
Bäckerei Zahn, Heidelberg, Neugasse 15.

Feldpostschachteln
aus fester, starker Lederpappe, in 6 Größen. Musterpakete mit 60 Schachteln Mk. 12.— Nachnahme.

Ansichts-Karten
100 ff. verschiedene Serien-, Glückwunsch-, Soldaten-, Blumen-, Mädchen-, etc. Postkarten, 100 Muster Mk. 6.—

Glückwunschkarten
für alle Zwecke mit Kuwert 100 St. 5 Mk.

Brief-Mappen
mit 5 ff. Briefbogen und 5 Hüllen. 16 Mustermappen Mk. 4.—
Paul Rupps, Freudenstadt 424 (Württ.)

Alleinmädchen
gesucht zu älterem Ehepaar, das lochen kann, alle Hausarbeit verrichtet und gut empfohlen wird.
Blumenhardt, Mannheim, B 7, 19.

Tüchtiges
Mädchen
kann sofort eintreten.
Haas, Karlsruhe, Hirschstraße 31.

Tücht. Alleinmädchen
zu zwei Personen für sofort gesucht. Anfragen an
Friedrich Barié, Heidelberg, Landfriedstraße 1



Amptliches Verfündigungsblatt

für den
Großherzoglich Badischen Amtsbezirk Sinsheim a. d. E.

Nr. 43

Sechsgesetz
vierteljährlich 1 Mark

Freitag, den 22. November

1918.

Kasseler, sollen die
jeweilige Seite no 816.

Höchstpreise und Bewirtschaftung der Rübenerte betr.
Die Reichsstelle für Gemüse und Obst hat neuerdings angeordnet, daß die mit diesseitiger Bekanntmachung vom 31. Oktober d. J. (Staatsanzeiger Nr. 256) bekanntgegebene Aufbörprämie für Kohlrüben von 75 Pf. je Zentner vom 10. d. M. ab nur noch für gelbe Kohlrüben, nicht aber für weiße Kohlrüben bezahlt werden darf.

Es gelten demgemäß vom 10. November d. J. ab für Rüben folgende Erzeugerhöchstpreise:

- I. Für die von der Geschäftsstelle oder den von ihr Beauftragten angekauften Rüben:
- | | |
|-----------------|---------|
| gelbe Kohlrüben | 3,— M. |
| weiße Kohlrüben | 1,75 M. |
| Munkrüben | 1,— M. |
| Stoppelrüben | 1,50 M. |
| Futtermöhren | 3,— M. |

II. Für die vom Erzeuger dem Verbraucher im gleichen oder unmittelbar anschließenden Kommunalverbandsbezirk mittels Fuhrwert direkt zugeführten Rüben die vom Kommunalverband des Verbraucherbezirks festgesetzten Kleinhandelspreise.

Karlsruhe, den 8. November 1918.

Badische Gemüseversorgung.

Bekanntmachung

Höchstpreise und Bewirtschaftung der Rübenerte betr.

Gemäß § 3 der Bekanntmachung der Bad. Gemüseversorgung vom 15. Oktober (Amtsverfündigungsblatt Nr. 39) werden folgende Kleinhandelspreise festgesetzt:

- | | |
|--|----------|
| Kohlrüben (Erd- oder Bodentkohlraben) | Mf. 3,00 |
| gelbe | 4,00 |
| weiße | 2,50 |
| Futtermöhren (Futtermöhren zu Futterzwecken) | 2,50 |
| " " | 4,00 |

Die Kleinhandelspreise vom 1. November werden somit aufgehoben.

Wir machen noch besonders darauf aufmerksam, daß die Kleinhandelspreise seitens des Erzeugers oder Händlers nur in Falle völlig frachtfreier Lieferung in das Haus des Verkäufers verlangt werden dürfen.

Sinsheim, den 15. November 1918.

Kommunalverband.

Festsetzung der Mahlhöhne betr.

Der Gr. Landeskommissär in Mannheim hat mit Erlaß vom 14. 11. 18. Nr. 9156 die Mahl- und Schrothöhne mit Wirkung vom 1. Dezember ds. Js. ab wie folgt festgesetzt:

I. Für den Zentner des abgeklärten gereinigten Weizenweizens und Gerste beträgt der Mahlohn in den Amtsbezirken der Kreise Mannheim und Heidelberg mit Ausnahme des Amtsbezirks Eberbach und im Amtsbezirk Mosbach, Kreis Mosbach, 2,50 M., in den übrigen Amtsbezirken des Kreises Mosbach und im Amtsbezirk Eberbach, Kreis Heidelberg, 2,— M.

Hierbei wird der Zentner ungererbten Speises 70 Pfund gererbten Speises gleichgestellt, indessen steht dem Müller für das Erben ein Zuschlag von 50 Pf. für den Zentner gererbten Speises einschließlich des Verladens der anfallenden Speisepremie zu.

2. Der Schrotlohn für Weizen, Gerste, Hafer und Mais wird auf 1,25 M. für den Zentner festgesetzt.

3. Für die Herstellung von Graupen und Flocken wird die Verarbeitungsgelohn auf 3,— M. für den Zentner bestimmt.

4. Sämtliche bei der Vermahlung bzw. Verarbeitung von Weizen, Gerste, Hafer und Mais sich ergebenden Abfälle einschließlich der Spreuer bei dem Speise fallen dem Eigentümer zu.

5. In den Fällen, in welchen die An- und Abfuhr des Getreides und Meißes und der daraus hergestellten Erzeugnisse durch den Müller erfolgt, ist dafür eine Gesamtvergütung von 50 Pf. für den Zentner zu bezahlen.

6. Vorstehende Festsetzungen beziehen sich lediglich auf die von den Selbstverorgern an die Müller zu bezahlenden Vergütungen.

Sinsheim, den 19. November 1918.

Groß. Bezirksamt.

Verordnung.

(Vom 12. November 1918)

Ablieferung von Waffen betr.

Bei den Umwälzungen in den letzten Tagen sind vielfach Waffen und Munition aus militärischen Beständen in die Hände der Zivilbevölkerung gelangt. Es wird daher verordnet:

§ 1.

Alle Waffen und Munition, die aus militärischen Beständen in die Hände der Zivilbevölkerung gelangt sind, sind innerhalb 3 Tagen bei dem zuständigen Bürgermeisterrat, in den Städten mit Staatspolizei beim Bezirksamt, abzuliefern.

§ 2.

Bei rechtzeitiger Ablieferung wird unbedingte Straffreiheit zugesichert.

§ 3.

Personen, die nach Ablauf der Frist noch im Besitze von Waffen und Munition der obengenannten Art betroffen werden, werden mit Gefängnis bestraft.

§ 4.

Jeder widerrechtliche Gebrauch von Waffen und Munition wird nach den bestehenden Strafgesetzen, unter Umständen also mit dem Tode, bestraft.

§ 5.

Die Verordnung tritt sofort in Kraft.

Karlsruhe, den 12. November 1918.

Badische vorläufige Volksregierung.

Vorstehendes bringen wir hiermit zur öffentlichen Kenntnis. Die Bürgermeisterämter werden angewiesen dies sofort in ersüblicher Weise bekannt zu geben und den Volksgenossen innerhalb 5 Tagen hierher anzugeben.

Sinsheim, den 14. November 1918.

Groß. Bezirksamt.

